

Das Magazin für den
öffentlichen Dienst

November 2022

berlins magazin

Publikumsmagnet
Kulturbrauerei



dbb
beamtenbund
und tarifunion
berlin



© Friedhelm Windmüller

Liebe Leserinnen, lieber Leser,

ab 1. Dezember sollen die Gehälter der Berliner Beamten und Versorgungsempfänger um 2,8 Prozent steigen – ganz wie es dem Tarifergebnis entspricht. Ein eingefahrenes Prozedere, auch wenn die Berliner Beamten dabei immer wieder durch zeitliche Verzögerungen oder sonstige Abstriche Federn lassen mussten. Bei wirtschaftlich stabilen Verhältnissen mag diese Routine taugen, nicht aber bei zweistelligen Inflationsraten. Wer hier nach „Schema F“ agiert, verprellt nicht nur seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sondern steuert sehenden Auges auf den nächsten Verfassungsbruch zu. Kriterium für eine angemessene Bezahlung ist nämlich auch die Berücksichtigung der Inflation bei Besoldungserhöhungen – und das sind jetzt mindestens 10 Prozent.

Am 16. November wird der Verfassungsgerichtshof Berlin voraussichtlich entscheiden, ob die Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen wiederholt werden müssen. Der dbb berlin ruft schon jetzt zur aktiven Unterstützung der möglichen Wahlwiederholungen auf.

Titelthema dieser Ausgabe ist die Kulturbrauerei in Prenzlauer Berg, die sich in ihrer gut 30-jährigen Existenz zu einer Hochburg der Popkultur gemausert hat und aus dem kulturellen Angebot der Hauptstadt gar nicht mehr wegzudenken ist.

Klein, aber fein präsentiert sich dagegen die Berliner Polizeihistorische Sammlung. Unsere Seniorinnen und Senioren können das bestätigen. Mitte Oktober haben sie dort an einer interessanten Führung teilgenommen.

Auch gleichstellungspolitisch hat sich etwas getan: Bei der GDL gibt es jetzt Frauenvertreterinnen und wir stellen die für Berlin zuständige Bezirksvertreterin vor.

Wie immer wünscht viel Spaß beim Lesen

Ihr

Frank Becker,
Landesvorsitzender dbb berlin

Inhalt

Beamtenpolitik	
Besoldungsanpassung	4
Beihilfe: Leichte Besserung	5
Feuerwehrdiensttauglich	6
Gewalt	
Drohbriefe an Schulen	6
Gewerkschaftspolitik	
Frank Becker kandidiert	7
Neuwahlen	
dbb berlin ruft zu Unterstützung auf	8
Aus den Mitgliedsgewerkschaften	
Frauenpower bei der GDL	8
BDF: Herausforderung Klimawandel	9
Titelthema	
Kulturbrauerei Berlin	10
Unterhaltung	
Berliner Polizeigeschichte	12
Preisrätsel	14
Zum Schluss	
Schulungen	16
Grundsteuer: Abgabefrist verlängert	16

Impressum

Das hauptstadt magazin – hm – ist ein Informationsdienst des dbb beamtenbund und tarifunion berlin für die Beschäftigten im Berliner Landesdienst und der Bundesverwaltung.

Verantwortlich i. S. d. P.: Frank Becker, p. A. dbb berlin, Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin.

Redaktion: Annemarie Wellige. **Telefon:** 030.3279520.

Telefax: 030.32795220. **Internet:** www.dbb.berlin.

E-Mail: post@dbb.berlin. Einzelmitglieder in den Fachgewerkschaften und -verbänden des dbb berlin erhalten das hm kostenlos zugesandt.

Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem DBB Verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin.

Telefon: 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.

Internet: www.dbbverlag.de. **E-Mail:** post@dbb.berlin.

Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0.

Telefax: 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@

dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen,

Telefon: 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Andrea

Franzen, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:**

Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. Preisliste 19,

gültig ab 1.1.2022. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH &

Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern.

Layout: FDS, Geldern. **Fotos:** wie angegeben.

Titelbild: Enrico Della Pietra/stock.adobe.com

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors und nicht immer die Meinung des Herausgebers wieder.

Senat beschließt Besoldungsanpassung

dbb berlin: Das reicht nicht!

Der Berliner Senat hat auf seiner Sitzung am 18. Oktober 2022 die Anpassung der Besoldung für die Beamten und Versorgungsempfänger an den Tarifabschluss des öffentlichen Dienstes beschlossen.

Ab 1. Dezember sollen danach die Bezüge um 2,8 Prozent, der Anwärtergrundbetrag um 50 Euro steigen.

In dem Gesetzentwurf, der jetzt noch das Abgeordnetenhaus passieren muss, werden auch die Voraussetzungen für die Gewährung einer einmaligen Energiepreispauschale von 300 Euro an die Versorgungsempfänger geschaffen. Eine gesonderte landesrechtliche Regelung war erforderlich, weil dieser Personenkreis nicht von der entsprechenden Regelung im Einkommensteuergesetz nicht erfasst ist.

Finanzsenator Daniel Wesener wertet den Senatsbeschluss nicht zuletzt als Signal der Verlässlichkeit: „Gerade in schwierigen Zeiten müssen sich die Beschäftigten auf das Land Berlin verlassen können. Dazu gehört selbstverständlich, dass wir Wort halten und den Abschluss der Tarifbeschäftigten auf die Besoldung der beamteten Dienstkräfte übertragen. Und es versteht sich, dass wir die versorgungsberechtigten Personen des Landes Berlin bei der Energiepreispauschale mit den Rentnerinnen und Rentnern gleichstellen. Wir wissen, dass diese Maßnahmen zur rechten Zeit kommen, gerade für die unteren Besoldungsgruppen.“

Das reicht nicht!

Für den dbb berlin geht die Bezügeerhöhung allerdings an der wirtschaftlichen Entwicklung vorbei. Zwar wird durchaus anerkannt, dass Finanzsenator Daniel Wesener auf Abstriche bei der Übertragung des Tarifergebnisses, die von seinem Vorgänger



ungerechterweise wiederholt vorgenommen wurden, verzichtet. Jedoch bleibt die drastische Steigerung der Lebenshaltungskosten, die auch im öffentlichen Dienst zu massiven Reallohnverlusten führt, völlig unberücksichtigt. Die Inflation ist in den letzten zwölf Monaten so stark wie seit 70 Jahren nicht mehr angestiegen und liegt zurzeit bereits im zweistelligen Bereich.

Der dbb berlin fordert dementsprechend vom Land Berlin eine Erhöhung der Besoldung und Versorgung um mindestens 10 Prozent. Nur so könne verhindert werden, dass Berlin mit seiner Besoldung wieder mit der Verfassung in Konflikt gerät. Denn für die Angestellten von Bund und Kommunen bereiten die Tarifkommissionen der Gewerkschaften bereits höhere Tarifforderungen vor. Und auch der Bund reagiert und schafft derzeit Möglichkeiten, mit denen Unternehmen ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wirtschaftlich unterstützen können. Als Dienstherr ist das Land Berlin sogar verfassungsrechtlich verpflichtet, ebenfalls eine angemessene Bezahlung zu leisten, die die Inflationsrate bei Besoldungserhöhungen beachtet. ■

Beihilfe

Leichte Besserung in Sicht!

Freiwillige Samstagsarbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Beihilfestelle hat offenbar zu einem kleinen Abbau des Antragsrückstaus geführt. Etwa 5.000 Vorgänge sind dabei an einem Samstag bearbeitet worden.

Zu weiterer Entspannung hat die inzwischen mögliche Arbeit im Homeoffice geführt, denn noch immer stehen nicht alle Büroräume infolge einer Schadstoffkontaminierung zur Verfügung. Mit ihrer baldigen Freigabe wird allerdings gerechnet.

Gegenwärtig muss immer noch von einer fünfwöchigen Bearbeitungsdauer von Beihilfeanträgen gerechnet werden. Zum Jahreswechsel soll der Zeitraum jedoch auf 20 Tage geschrumpft sein.

Der dbb berlin weiß um die brenzlige Situation, in die viele Beihilfeempfänger durch die verzögerten Beihilfeleistungen geraten und wird deshalb nicht müde, die Verantwortlichen in Verwaltung und Politik auf die weiterhin inakzeptable Lage zu stoßen und schnelle Abhilfe zu fordern.

Vorankündigung

Landes- gewerkschaftstag dbb berlin

Der Landesgewerkschaftstag, das höchste Beschlussgremium des dbb beamtenbund und tarifunion berlin, wird am 24. Mai 2023 zusammentreten. Der Termin wurde im Oktober vom Landeshauptvorstand beschlossen. Die Delegierten werden rechtzeitig eine Einladung zu dem Gewerkschaftstag erhalten.

Feuerwehrtauglich auch mit HIV positiv

Das Verwaltungsgericht Berlin hat einem Kläger, dessen Bewerbung die Berliner Feuerwehr nach einem positiven HIV-Test abgelehnt hatte, einen Entschädigungsanspruch zugesprochen. Mit Urteil vom 23. September 2022 (Az.: VG 5 K 322.18) entschieden die Richter auf nicht gerechtfertigte Benachteiligung und sprachen dem Kläger 2.500 Euro als Entschädigung nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz zu.

Der 1994 geborene Kläger hatte sich im Frühjahr 2018 als Beamter für den feuerwehrtechnischen Dienst des Landes Berlin beworben. Nach einem – wie bei allen Bewerbern – durchgeführten HIV-Test lehnte die Feuerwehr die Bewerbung wegen positivem HIV-Status ab. Befürchtet wurde aufgrund dieses Ergebnisses eine dauerhafte Feuerwehrdienstuntauglichkeit.

Das Verwaltungsgericht sah in der Ablehnung der Einstellung allein wegen des positiven HIV-Status eine Diskriminierung, weil die Benachteiligung aus beruflichen Gründen nicht gerechtfertigt gewesen sei. Ein negativer HIV-Status sei nicht in jedem Fall

notwendig, um ein Infektionsrisiko für Patienten oder Kollegen auszuschließen und eine aktuelle beziehungsweise zukünftige Feuerwehrdiensttauglichkeit zu gewährleisten. Ein Sachverständiger habe für die Kammer überzeugend dargelegt, dass HIV-positive Menschen, die sich in einer funktionierenden Therapie befänden, das Virus praktisch nicht übertragen könnten. Überdies seien sie in ihrer Leistungsfähigkeit grundsätzlich auch prognostisch nicht eingeschränkt.

Gegen das Urteil kann Berufung beim Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg eingelegt werden. ■

Senatorin Busse zeigt klare Kante

Drohbriefe an Berliner Schulen

Die Senatorin für Bildung, Jugend und Familie, Astrid-Sabine Busse, hat Anfang Oktober bei der Staatsanwaltschaft Berlin Anzeige gegen Unbekannt gestellt, nachdem mehrere Berliner Schulen Drohbriefe erhalten hatten.

Die per Post an die Schulen verschickten Briefe enthalten gleichlautend massive Gewaltdrohungen gegen Lehrkräfte.

Absender sind offenkundig militante Coronaleugner, die den Lehrkräften Gewaltkonsequenzen prophezeien, die im Herbst und Winter weitergehende Infektionsschutzmaßnahmen wie Maskenpflicht, Lüften oder anlassloses Testen an den Schulen umsetzen. Vom „Nasen brechen“ bis „mal einen aufschlitzen“ reichen die Gewaltdrohungen in den abstrusen Schreiben an die Schulleitungen.

Die Ermittlungsbehörden, die jetzt ihre Arbeit aufnehmen, stehen nicht ohne Beweismittel da, weil ihnen neben den Briefen auch handschriftlich an

die Schulen adressierte Umschläge übergeben worden sind.

„Solcherlei Einschüchterungsversuche gegenüber unseren Kolleginnen und Kollegen sind in keiner Weise hinnehmbar. Um hier ein klares Signal zu setzen, habe ich umgehend Strafanzeige erstattet. Jegliche Gewaltandrohungen gegen unsere Lehrkräfte, die in der Pandemie besonders gefordert waren und sind, stellen ein absolutes No-Go dar. Hierauf müssen wir alle entschieden reagieren“ sagte Astrid-Sabine Busse.

Das konsequente Vorgehen der Senatorin entspricht der Forderung des dbb berlin, jede Gewalt gegen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes zur Anzeige zu bringen. ■

dbb Gewerkschaftstag

Frank Becker kandidiert für die Bundesleitung

Der Chef des dbb berlin, Frank Becker, wird beim Gewerkschaftstag des dbb bund am 28. November 2022 für das Amt eines stellvertretenden dbb Bundesvorsitzenden kandidieren. Becker folgt damit der Empfehlung seiner Beschlussgremien, die den versierten Gewerkschafter künftig auch mit an der Bundesspitze sehen wollen.

Ausschlaggebend für die einmütigen Voten von Landesleitung und Landesvorstand des dbb berlin für die Becker-Kandidatur sind neben dessen profunden Fachkenntnissen im Beamtenrecht vor allem die integrierende Kraft, die der Landesvorsitzende in seiner jahrzehntelangen gewerkschaftlichen Arbeit unter Beweis gestellt hat. Das gilt für Beckers Engagement in der dbb jugend ebenso wie für seine Funktionen als Fachgewerkschaftsvorsitzender oder als dbb Landesvorsitzender bzw. für vorangegangene Stellvertreterpositionen.



verschiedenen Berufsgruppen innerhalb des öffentlichen Dienstes war stets so spannend für mich, dass ich nicht eine Minute davon missen möchte.“

Besonderen Fokus legt Becker beim dbb berlin auch auf das konstruktive Zusammenspiel und die aktive Einbindung der Querschnittsorganisationen, dbb jugend, dbb Frauen und dbb Senioren. Mit großem Erfolg: So ist die Berliner dbb Landesleitung bereits seit vielen Jahren paritätisch besetzt. Auch Vielfalt ist ein wichtiges Anliegen des Berliner dbb Chefs, das er sowohl im öffentlichen Dienst als auch in der dbb Familie stärker vertreten wissen will.

Becker nennt eher bescheiden eine weitere Entwicklung, die seine gewerkschaftliche Arbeit geprägt hat: „Spannend war auch die Gründung einer neuen Gewerkschaft im Land Berlin, der gkl berlin, die aus besonderen Umständen notwendig geworden war. Dieser Neuaufbau einer Interessenvertretung so verschiedener Bereiche wie Senatsverwaltungen, Bezirke, Stadtreinigung, BVG, BT-Berlin Transport sowie zahlreichen weiteren Dienststellen hat mich wirklich gefordert. Vor allem habe ich viel über die Probleme der Kolleginnen und Kollegen der verschiedenen Bereiche lernen dürfen.“

Gutes Rüstzeug

Ein gutes Rüstzeug für die Arbeit an der Spitze des Landesbundes. O-Ton Becker: „Den Belangen von 36 Fachgewerkschaften und -verbänden gerecht zu werden, war oft eine nicht ganz einfache Herausforderung, aber der Austausch mit den derart

Starke Außenwirkung

Die Beschlussgremien des dbb berlin sind schließlich der festen Überzeugung, dass die starke Außenwirkung, die der dbb berlin unter Beckers Führung bei Politik und Gesellschaft in der Hauptstadt gewonnen hat, auch der Bundesebene zugute kommt.

Wie wichtig und erfreulich diese Berliner Entwicklung ist, weiß Frank Becker selbst am besten: „Nur durch regelmäßige Kontakte in den Senat, die Fraktionen des Abgeordnetenhauses, insbesondere zu den für den öffentlichen Dienst und Haushalt zuständigen Fachpolitikerinnen und -politikern können die berechtigten Forderungen der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Berlin auch nachhaltig und überzeugend in die Berliner Politik getragen werden.“

Neuwahlen

dbb berlin ruft zur Unterstützung auf

Der dbb berlin hat die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes aufgerufen, sich schon jetzt als Wahlhelferinnen und -helfer für eine mögliche Wahlwiederholung in Berlin zu melden.

„Zur Verfügung stellen können sich übrigens auch die Kolleginnen und Kollegen aus den Bundesdienststellen“, präzisierte dbb Landeschef Frank Becker den Aufruf. „Schön wäre auch, wenn die zahlreichen Auszubildenden und Anwärter im Land Berlin sich beteiligten.“

Der dbb berlin weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass sowohl Finanzsenator Daniel Wesener als auch Innensenatorin Iris Spranger entschlossen sind, dass sogenannte Erfrischungsgeld für die Wahlhelfer erheblich zu erhöhen. Auch der Freizeitausgleich für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes in Berlin soll angehoben werden.

Konkret soll der Einsatz der ehrenamtliche Helfer künftig mit 240 Euro honoriert werden. Und auch Beschäftigte des öffentlichen Dienstes, die bei Wahlen zum Einsatz kommen, sollen besser für

ihren sonntäglichen Einsatz entlohnt werden. Laut Presseberichten sollen sie zwischen Geldleistungen und Freizeitausgleich wählen können. Für das Erfrischungsgeld für Beisitzer und Schriftführer ist eine Verdoppelung von 30 auf 60 Euro vorgesehen, Freizeitausgleich soll für drei statt zwei Tage gewährt werden. Für Wahlvorsteher sind 70 Euro Erfrischungsgeld oder ein Freizeitausgleich von drei Tagen geplant. Allerdings müssen diese Sätze noch vom Senat beschlossen werden.

Die Entscheidung, ob die Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen wiederholt werden müssen, wird der Verfassungsgerichtshof Berlin voraussichtlich am 16. November 2022 treffen. Die Wahrscheinlichkeit, dass die Richter für eine Wahlwiederholung stimmen, gilt als hoch. Möglicher Termin für die Wiederholung der Wahlen ist der 12. Februar 2023. ■

GDL

Kristin Förster will mehr Sicherheit für Eisenbahnerinnen

Eine bessere Vertreterin als Kristin Förster können sich die rund 650 Frauen im GDL-Bezirk Nord-Ost (Berlin/Brandenburg/Mecklenburg-Vorpommern) für die Wahrnehmung ihrer speziellen Interessen gar nicht wünschen. Die Disponentin bei der DB Cargo AG bringt an Energie, Fachkenntnissen und Erfahrung alles mit, was es braucht, um wirk-same Verbesserungen durchsetzen zu können.

Seit September ist sie Amt, nachdem die GDL im Sommer die Errichtung von Frauenvertretungen auf Bezirks- und Ortsgruppenebene beschlossen hat. Und sie krepelt bereits gewaltig die Ärmel hoch: Vor allem gilt es zunächst, den organisatorischen Unterbau in Angriff zu nehmen und die Errichtung von Ortsfrauenvertretungen zu forcieren. Die in der GDL auch aufgrund anderer Ehrenämter hervorragend vernetzte Kristin Förster will sich dabei nicht allein auf die Weitergabe von



© privat

E-Mail-Kontaktadressen beschränken, sondern auch selbst in den örtlichen Gremien Sinn und Zweck der Frauenarbeit erläutern.

Denn spezielle Probleme gibt es für die bei der Bahn vorrangig als Zugbegleiterinnen eingesetzten Frauen genug. Da macht zum einen der „Dauerbrenner Vereinbarkeit von „Familie und Beruf“ den vorwiegend im Schichtdienst arbeitenden Eisenbahnerinnen deutlich mehr zu schaffen, als das in

anderen Bereichen mit regelmäßigen Arbeitszeiten der Fall ist.

Nicht weniger brisant ist das Thema Sicherheit. Förster, die selbst einige Jahre im Zugbegleitedienst gearbeitet hat, weiß nur allzu gut, wie bedrohlich die Situation nachts allein auf freier Strecke für eine Zugbegleiterin werden kann. Deeskalationstraining gibt es zwar bereits, ausreichend ist das aber nicht. Von Bodycams für die im Nachtdienst arbeitenden Frauen will die Bahn bislang nichts wissen. „Zumindest muss künftig sichergestellt werden, dass die Zugbeleiterinnen nicht mehr ganz allein ihren Dienst tun, sondern eine zweite Person, auch in ländlichen Gebieten, mit an Bord ist“, fordert Förster. In Städten wie Berlin gehöre es bereits zu den Selbstverständlichkeiten, dass Sicherheitspersonal auch nachts mitreist.

„Sicherheit muss oberstes Gebot sein“, unterstreicht Kristin Förster, auch wenn sie die infolge jahrelanger

verfehlter Personalpolitik eingetretene Personalknappheit bei der Bahn als Ortsgruppenvorsitzende in Elsterwerda nur allzu gut kennt.

Auch als regionale Ansprechpartnerin des Fairness-Plan, einer von der GDL unterstützten sozialen Einrichtung für Eisenbahner, die u. a. schwere Schicksalsschläge abfedert, ist sie ständig als Helferin in der Not im Einsatz. „Ich bin im Sternzeichen Waage geboren“, meint sie augenzwinkernd im Gespräch mit dem hauptstadt magazin, „und mein Engagement für Gerechtigkeit ist mir wohl mit in die Wiege gelegt worden.“ Falsch kann diese Vermutung nicht sein, denn auch auf dbb Ebene ist sie noch ehrenamtlich tätig, und zwar als Richterin beim Bundesarbeitsgericht in Erfurt.

Eine Frau, die allen Respekt verdient, meint das hauptstadt magazin und wünscht Kristin Förster viel Erfolg als Frauenvertreterin und auch in ihren weiteren Ehrenämtern. ■

Gewerkschaftstag des BDF Brandenburg-Berlin

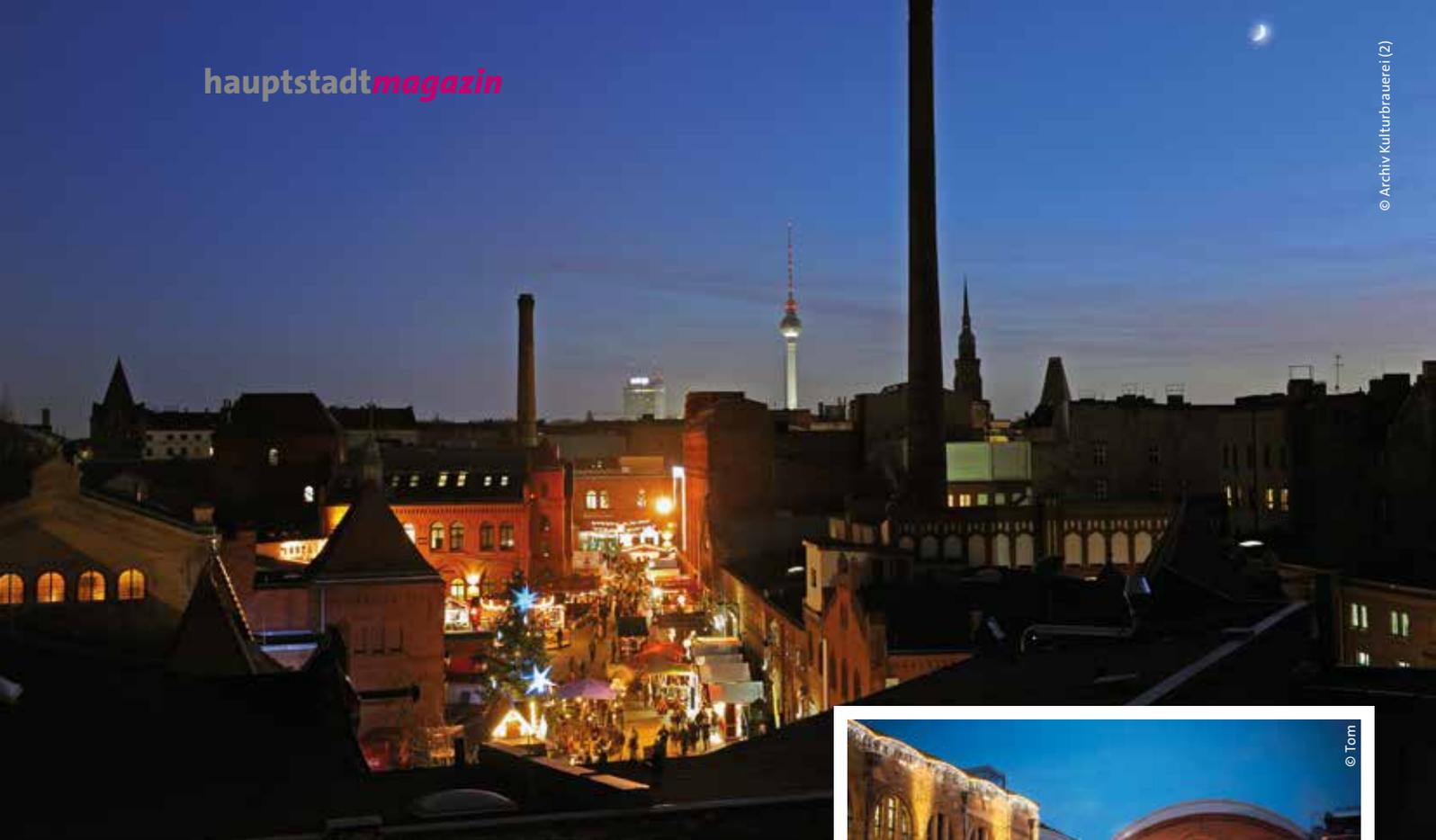
Herausforderung Klimawandel

Der Bundesvorsitzende des Bundes Deutscher Forstleute (BDF) hat beim Gewerkschaftstag des BDF Brandenburg-Berlin im September in Boizenburg auf die ungeheuren Aufgaben verwiesen, die infolge des Klimawandels auf die Forstverwaltungen der Länder zukommen.

So müssen kurzfristig 500.000 Hektar Waldfläche in Deutschland infolge der Abgänge, insbesondere der Fichte, wieder in Kultur gebracht werden. Über drei Millionen Hektar Wald, das entspricht 25 Prozent der Waldfläche Deutschlands, müssten klimastabil umgebaut werden. In Brandenburg betrifft das sogar 50 Prozent der Wälder. Vor diesem Hintergrund sei ein ehrlicher Abgleich von Arbeitsvolumen und Arbeitskapazität in den Landesforstverwaltungen überfällig.

Weiterer thematischer Schwerpunkt der Veranstaltung war die angespannte Personalsituation bzw. die daraus resultierende schlechte Stimmung in der Forstverwaltung. So gibt es keinerlei konkrete Vorstellungen, wie die Landesforstverwaltung in den nächsten zehn Jahren 700 der 1.300 Stellen im Forstbereich durch neue Mitarbeiter ersetzen will.

Bei den Vorstandswahlen wurden Uwe Engelmann und Martin Krüger zu Landesvorsitzenden gewählt. ■



Die Kulturbrauerei in Prenzlauer Berg Vom Sanierungsfall zur Hochburg der Popkultur

Seit über 30 Jahren gibt es die Kulturbrauerei in Prenzlauer Berg auf dem Gelände der ehemaligen Schultheiss-Brauerei. Im Laufe dieser drei Jahrzehnte hat sie sich von einem Sanierungsfall längst zu einer Hochburg der Popkultur und zu einem Publikumsmagneten für Berliner und Besucher der Hauptstadt entwickelt.

Im Gespräch mit dem hauptstadt magazin bezieht Sören Birke, Geschäftsführer des zum Gesamtensemble gehörigen Kesselhauses und Maschinenhauses, die Zahl der jährlichen Gäste auf mittlerweile stolze 2 Millionen. Diese enorme Zahl ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass insgesamt 15 Kultureinrichtungen – vom Theater über Diskotheken bis hin zu großen und kleinen Veranstaltungssälen über das ganze Jahr hinweg attraktive Programme für Jung und Alt an sämtlichen Wochentagen anbieten. So auch die von Sören Birke betriebenen Eventlocations Kesselhaus und Maschinenhaus.

Betrieb rund um die Uhr

Außerdem sorgt der Mix aus kulturellen Einrichtungen, Läden, verschiedenen Dienstleistern und einem Kino dafür, dass auch tagsüber Leben in der Kulturbrauerei herrscht. „Ein Besuch lohnt sich praktisch rund um die Uhr“, betont Birke, der sich nicht nur

Kesselhaus und Maschinenhaus, sondern auch in besonderem Maße der Gesamtanlage verpflichtet fühlt. „Nur ein enger Zusammenhalt unter den insgesamt 40 Mietern auf der Anlage ermöglicht es, dass dieses Rund-um-die-Uhr-Konzept mit einer spannenden Angebotspalette auch tatsächlich aufgeht.“

„Für alle Zielgruppen zwischen sechs und 86 Jahren bietet die Kulturbrauerei ein abwechslungsreiches Programm“, weist Birke Vermutungen zurück, nur Jugendliche würden sich hier wiederfinden. Allerdings sind es tatsächlich in der Regel die Jüngeren, wie der Kesselhaus-Geschäftsführer weiter ausführt, die mit neuen Impulsen für eine Weiterentwicklung und Veränderung der Kultur sorgen.

Ständige Erneuerung

Der studierte Kultur- und Theaterwissenschaftler Birke nimmt damit Bezug auf einen Kulturbegriff, der

sich nicht statisch auf die herkömmliche klassische Kunst beschränkt, sondern der sehr viel weitergehend ständige Erneuerung verlangt, ganz wie es in der flüchtigen Popkultur immer wieder geschieht. Wer diese Vorstellung verneint die sich übrigens längst in sehr vielen Lebensbereichen, wie Kleidung, Ernährung oder sogar in sexueller Orientierung widerspiegelt, oder als nicht systemrelevant abtut, ist sich Birke sicher, wird die junge Generation nicht gewinnen können. Umso wichtiger sei es, dieser Kultur dauerhaft Raum zu geben und u. a. die Existenz der Kulturbrauerei langfristig zu sichern.

Fakt ist derzeit, dass das Gelände mit Auslaufen der Mietverträge im Jahre 2026 vom Eigentümer renditeorientiert und damit völlig anders genutzt werden könnte als heute. Erfreulicherweise sind sich aber alle Fraktionen im Bezirk Pankow darüber einig, dass die Kulturbrauerei erhalten bleiben und deshalb in einem sogenannten B-Plan-Verfahren als Ort der Öffentlichkeit bzw. Kulturort ausgewiesen werden muss.

Attraktivitätsgewinn für Berlin

Alles andere wäre auch unververtretbar und würde den hohen Anteil der Kultur an der Attraktivität der Hauptstadt verkennen – von der Vielzahl der Arbeitsplätze ganz zu schweigen: Bundesweit werden etwa 1,1 Millionen Arbeitsplätze in der Veranstaltungsbranche für „kulturelle Einrichtungen“ generiert.

Vor allen aber darf die Bedeutung der Kultur für die Gesellschaft nicht noch einmal sträflich unterschätzt und wie im Laufe der der Coronakrise als „systemirrelevant“ verkannt werden – mit den bekannten finanziellen Benachteiligungen ihrer Akteure.

Die angestrebte Widmung des Brauereigeländes für öffentliche Zwecke würde den Betreibern der Kultur-

brauerei auch die Möglichkeit geben, Fläche und Bausubstanz weiterzuentwickeln, was bislang an der ungeklärten Nutzung des Geländes nach Ablauf der Mietverträge in vier Jahren scheitert. An Ideen fehlt es nicht: Grün- und Wasseranlagen oder auch Kunst an den Fassaden sehen Konzepte vor, die notgedrungen noch in der Schublade liegen.

Wechselvolle Geschichte

Schaut man auf die wechselvolle Geschichte der Kulturbrauerei, dann sollte auch die Hürde des B-Plan-Verfahrens demnächst erfolgreich genommen werden. Denn mit Unwägbarkeiten hat die Kulturbrauerei in ihrer gut 30-jährigen Geschichte immer wieder fertig werden müssen: Nach der Wende im Jahr 1990 übernahm zunächst die Treuhandanstalt das zwar 1974 unter Denkmalschutz gestellte, aber stark vom Verfall bedrohte Gelände und übergab es ein Jahr später an die „Treuhandliegenschaftsgesellschaft“ (TLG) zur Entwicklung eines geschlossenen Sanierungskonzepts. Dessen ungeachtet hatten bereits verschiedene Kulturaktivisten das Gelände „besetzt“ und Vorstellungen zu seiner weiteren Nutzung entwickelt. Letztlich mündete alles in ein 1996 von der TLG vorgestelltes Nutzungskonzept, das bereits den heutigen Mix aus gemeinnütziger und kommerzieller Verwendung vorsah. 100 Millionen D-Mark investierte die TLG in das Sanierungsprojekt, das im Jahr 2000 abgeschlossen wurde. Das Jahr markiert auch den eigentlichen Beginn der kulturellen Vielfalt in der Brauerei.

Die Eigentumsverhältnisse veränderten sich allerdings zum Jahresende 2012 erneut, als der Bund die TLG an den US-Investor Lone Star verkauft hat, die jetzt Eigentümer der Kulturbrauerei ist.

Stabiler Standort

Nicht nur mit diesen Eigentümerwechseln mussten sich die Betreiber in der Kulturbrauerei arrangieren, sondern auch immer wieder Rückschläge meistern, die etwa durch die Finanzkrise 2008, die Flüchtlings- und die Coronakrise der letzten Jahre sowie seit neuestem durch die Energiekrise hervorgerufen wurden und werden. Bislang hat sie den Unbilden erfolgreich getrotzt und man darf durchaus zuversichtlich sein, dass das auch für die Zukunft gilt. Sören Birke ist jedenfalls optimistisch: „Was in den 1990er-Jahren mit einem Mix aus Kultur, Dienstleistung und Gewerbe umzuwandeln begann, ist jetzt ein kulturell hochwertiger, wirtschaftlich eigenständiger und stabiler Standort“, schreibt er schreibt er im Buch „Kulturbrauerei – 1991 bis heute“, welches zum 30-jährigen Bestehen der Kulturbrauerei erschienen ist. Und das möge auch bitte so bleiben. ■



175 Jahre Berliner Polizeigeschichte ...

... kann der Besucher der Polizeihistorischen Sammlung im ehemaligen Flughafen Tempelhof nachverfolgen, Denn die drei Säle umfassende Ausstellung präsentiert nicht nur viele teils spektakuläre Exponate, sondern zeichnet auch den Wandel im Selbstverständnis der Polizei im Kontext zum jeweiligen politischen Hintergrund nach.

Eine 15-köpfige Seniorengruppe der dbb landesbünde Berlin und Brandenburg hatte Mitte Oktober zusätzlich das Glück, von Polizeihauptkommissar a. D. Hartmut Pech durch die Ausstellung geführt zu werden, der die Highlights der Sammlung noch um viele zusätzliche Details bereicherte.

Und über Highlights verfügt das Museum durchaus. Da wird etwa in dem Ausstellungsraum, der die Zeit von 1848 bis zum Ende der Weimarer Republik umfasst, sehr bildhaft an den Hauptmann von Köpenick und sein Husarenstück erinnert. Auch Nachbildungen der in die Berliner Kriminalgeschichte als Tresorknacker eingegangenen Gebrüder Sass werkeln hier sehr naturgetreu an einem Safe herum. Allerdings nicht länger mit Hammer und Meißel, sondern mit Pressluftbohrern, was ein absolutes Novum in der Kriminalgeschichte zu Beginn Anfang des 20. Jahrhunderts war.

Technischer Fortschritt

Der technische Fortschritt hielt aber nicht nur in Ganovenkreisen Einzug. So zeigt die Sammlung u. a. eine Körpermessenanlage, mit der die Fahnder vor über 100 Jahren anhand von nicht weniger als einem Dutzend Messungen, u. a. auch an Ohren, Nase, Händen und Füßen, Täter zu identifizieren suchten. Abgelöst wurden diese Messungen durch Fingerabdrücke, die sich spätestens 1910 nach dem ersten Diebstahl der Mona Lisa aus dem Louvre durchsetzten.

Auch in den ausgestellten Polizeiuniformen spiegelt sich Zeitgeschichte wieder. Besonders verblüffend: Die geradezu deeskalierende Dienstkleidung im Revolutionsjahr 1848, die von einer eher zivilen Eleganz geprägt war und so gar nicht zu dem späteren militärischen Uniformcharakter in Preußen passen wollte.



Ein weiterer Ausstellungsraum ist der weniger erfreulichen Polizeigeschichte im sogenannten Dritten Reich gewidmet. Schon 1933 unmittelbar nach der Machtübernahme begannen die Nazis mit der Gleichschaltung der Polizei.

Nazi-„Säuberungen“

Konkret hieß das, Beamte, die nicht im Gleichschritt mit der NSDAP marschierten oder gar jüdischen Glaubens waren, mussten ihren Dienst umgehend quittieren. 1936 traf der Rauswurf auch diejenigen, die der Einheitspartei nicht länger angehören wollten. Zahlreiche Dokumente belegen nicht nur diese „Säuberungen“, sondern auch den Einsatz von Polizeibataillonen im 2. Weltkrieg. Allerdings wird dieses dunkle Kapitel wohl erst neuerdings genauer aufgearbeitet.

Nach dem 2. Weltkrieg überschlugen sich bekanntlich die politischen Ereignisse in Berlin. Während des Viermächtestatus wurde die gesamte Berliner Polizei 1945 zunächst einem sowjetfreundlichen Polizeipräsidenten unterstellt. Dessen fortgesetzt prosovjetsche Amtsführung bot allerdings immer wieder Anlass zu heftiger Kritik, sodass es schon 1948 – also noch vor der politischen Spaltung der Stadt in einen West- und einen Ostsektor – zur Spaltung der Polizei kam.



Hartmut Pech führte kenntnisreich und unterhaltsam durch die Ausstellung.



Dienstkleidung
von 1848

Die politischen Wirren um die geteilte Stadt, die schließlich im Mauerbau gipfelten, taten allerdings weder den Aktivitäten der Kriminellen noch der Fortentwicklung der Verbrechensbekämpfung mit neuen Techniken Abbruch.

Spektakuläre Kriminalfälle

1958 verurteilt das Berliner Kriminalgericht erstmals einen Sexualmörder aufgrund einer DNA-Analyse.

Der Fall des Kaufhauserpressers Arno Funke, alias Da-gobert, der 1988 vom KaDeWe 500.000 DM erpresste und von 1992 bis 1994 weitere Bomben- und Brand-

anschläge zur Kaufhauserpressung in verschiedenen deutschen Städten verübte, hat es mittlerweile sogar zu Filmruhm gebracht. Im Berliner Museum finden sich u. a. eine seiner besonders phantasievollen technischen Konstruktionen für eine weitgehend risikofreie Übergabe des Lösungsgeldes. Auch die Telefonzelle, vor der die Berliner Polizei ihn nach jahrelanger Jagd endlich dingfest machen konnte, ist erhalten.

Sogar weltweit hohe Aufmerksamkeit fand einer der spektakulärsten Banküberfälle in der Bundesrepublik, der sich am 27. Juni 1995 in Berlin-Zehlendorf abspielte und der natürlich auch in der Ausstellung seinen Niederschlag gefunden hat. Die sogenannte Tunnelgang hatte sich einen unterirdischen Zugang zur Bank gegraben und war nach einer Geiselnahme mit einem Lösegeld von über 5 Millionen Mark und dem Inhalt von über 200 Schießfächern durch den Tunnel entflohen. Einen Teilfahndungserfolg konnte die Polizei hier übrigens recht bald verbuchen, weil die Täter Spuren hinterlassen hatten.

Noch 3.000 Bomben

Auch die Beschäftigten bei der Berliner Polizei, für die der 2. Weltkrieg noch immer nicht ganz beendet ist, nämlich die Bombenentschärfer, finden sich in der Sammlung wieder. Mit ihren Spezialgeräten haben sie schon 7.300 Weltkriegsbomben auf Berliner Terrain unschädlich gemacht, mit weiteren 3.000 wird allerdings noch gerechnet.

In der Polizeigeschichte niedergeschlagen haben sich auch die deutsche Wiedervereinigung, zahlreiche gesellschaftliche Entwicklungen und vieles andere mehr.

Wer mehr wissen will über den polizeilichen Arbeitsalltag in Vergangenheit und Gegenwart, über Uniformen, Waffen und Arbeitsmittel der Polizei wie auch über Tatwerkzeuge in berühmten Kriminalfällen, dem sei ein Besuch in der Ausstellung dringend empfohlen. Kontaktdaten und Öffnungszeiten sind abrufbar unter:

<https://www.berlin.de/polizei/verschiedenes/polizeihistorische-sammlung/>

Dass ein solcher Besuch lohnt, darüber waren sich auch die dbb Senioren einig. Und Holger Schulz, Seniorenbeauftragter des dbb berlin, der den Museumsbesuch organisiert hatte, wie auch Sabine Wenzel, die das Amt in Brandenburg innehat, konnten sich über den interessanten Verlauf der Veranstaltung und das positive Echo bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern freuen. ■

Die Vorsitzenden der dbb seniorenvertretungen, Sabine Wenzel (Brandenburg) und Holger Schulz (Berlin), hatten den Museumsbesuch initiiert.



Pennä- ler, Ler- nender	Stadt in West- böhmen (Eger)	↙	Kanton der Schweiz	Hülsen- frucht	↘	ugs. für matt, kraftlos	↙	Staat in Nahost, Persien	↘	rechter Neben- fluss der Donau	↙	Haupt- stadt von Togo	↘	Wolle tragen- des Nutztier	↙	altrömi- scher Beamter	ver- änder- licher Stern						
↳	↘	1						in kleine Stücke zerfallen	↳														
Hochruf	↳							Sammel- buch	↳			Fremd- wortteil: Wasser (griech.)				6							
Auspuff- stoff			Bedui- nen- mantel	↳					3	König Israels im A. T.	↳			nicht ehrig; nicht fair		Durch- sichts- bild (Kzw.)							
↳					<p>Unsere Gewinner Richtig gerätselt, Losglück gehabt und formschöne Thermobecher gewonnen haben im Oktober: Silke Glanz, 16356 Ahrensfelde Elke Ersig, 10829 Berlin Bernhard Bleiber, 13409 Berlin Das Lösungswort war „Reisebus“.</p>							↳											
eine Zahl	über- trieben, äußerst		afrika- nischer Strom																Stadt in Hessen		Figur in „Der zer- brochne Krug“		gelten lassen, zulassen
↳				erb- gleicher Nach- komme															Führungs- stimme im Jazz (engl.)				
Tier- unter- kunft		Oper von Verdi																		ins Gelb- liche gehendes Erdbraun		Besitz, Ver- mögen	
↳	4				kroati- sche Insel	somit, mithin		Zentrum baline- sischer Kunst	↳	Schlecht- wetter- zone		kalt, frisch											
Pilger- ort im Hed- schas			den Mund betref- fend	↳				Sachver- ständi- genaus- schuss			2				Abkür- zung für außer Dienst								
↳						Rolle zum Auf- wickeln von Garn						Ein- schnitt, Ver- tiefung					8						
dt. Schrift- steller (Karl)	↳			hell- haarig					5	jemandem schöne Augen machen			7										

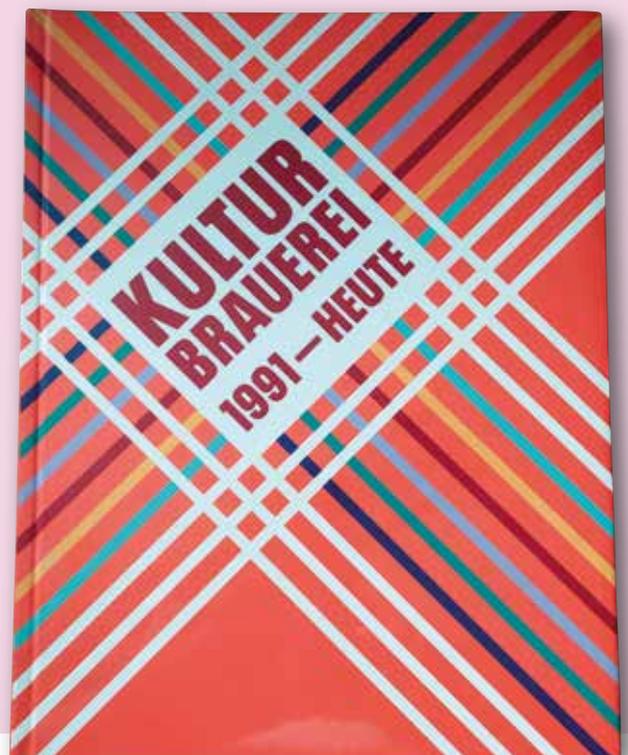
PREISRÄTSEL

30 Jahre
Kulturbrauerei

Die reich bebilderte Chronik der Kulturbrauerei von den Anfängen im Jahre 1991 bis zum heutigen bewährten Mix aus Kultur und Wirtschaft verlosen wir dieses Mal an zwei Gewinnerinnen oder Gewinner unseres Preisrätsels. Wer mehr über diesen Ort der Kunst, Kreativität, Begegnung und Freiheit wissen will, sollte deshalb das Lösungswort bis 20. November 2022 schicken an:

dbb berlin
post@dbb.berlin
Fax: 030 327952-20

Der Gewinn wird unter den richtigen Einsendungen ausgelost. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.





Schulungen

Der dbb berlin setzt alles daran, seine aktiven Mitglieder ständig über aktuelle rechtliche und gewerkschaftspolitische Fragen auf dem Laufenden zu halten. Im nächsten Vierteljahr werden die folgenden Seminare angeboten, für die Anmeldeunterlagen in der Landesgeschäftsstelle unter post@dbb.berlin angefordert werden können.

Personalräte

Spezierschulung im Tarifrecht
nach § 42 Abs. 3 PersVG Berlin
Termin: 12.–13. Dezember 2022

Grundschulung Personalvertretungsrecht
nach § 42 Abs. 3 PersVG Berlin
Termin: 15.–16. Dezember 2022

Frauenvertreterinnen

Kollegiales Coaching für Frauenvertreterinnen
(Spezialseminar für Frauenvertreterinnen nach § 16 Abs. 3 LGG Berlin und § 42 Abs. 3 PersVG Berlin)
Termin: 25. November 2022

Tarifrecht und Arbeitsrecht: die wichtigsten Grundlagen für die Arbeit der Frauenvertreterin
(Spezierschulung im Tarifrecht nach § 16 Abs. 3 LGG Berlin)
Termin: 12.–13. Januar 2023

Grundsteuererklärung

Abgabefrist verlängert

Das Land Berlin verlängert die Abgabefrist für die Grundsteuererklärung bis zum 31. Januar 2023. Auf diesen Termin hatte sich zuvor die Finanzministerkonferenz geeinigt.

Zwar hatte sich Berlin bei der Abstimmung über die Fristverlängerung enthalten, weil diese auch weiterhin nicht als zwingend angesehen wird, das Ergebnis der Konferenz werde aber mittragen. Finanzsenator Daniel Wesener begründete das Berliner Vorgehen mit dem Wunsch nach einer weitestgehend bundeseinheitlichen Neuregelung der Grundsteuer.

Befriedigt zeigte sich der Berliner Finanzsenator darüber, das sich das Bundesfinanzministerium im Gegenzug damit einverstanden erklärt hat, jede weitere Fristverlängerung auszuschließen. Wesener erinnerte in diesem Zusammenhang an die klaren Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts, wonach die Reform bis 2025 umgesetzt sein muss. „Ich appelliere deshalb an die steuerpflichtigen Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen sowie die sie vertretenden Steuerberater, ihre Erklärungen rasch einzureichen.“

■ Weiter Informationen unter berlin.de/grundsteuer ■